

Gesundheitssystem am Prüfstand – Wo tuat’s weh? Was Vorarlberg jetzt ändern muss

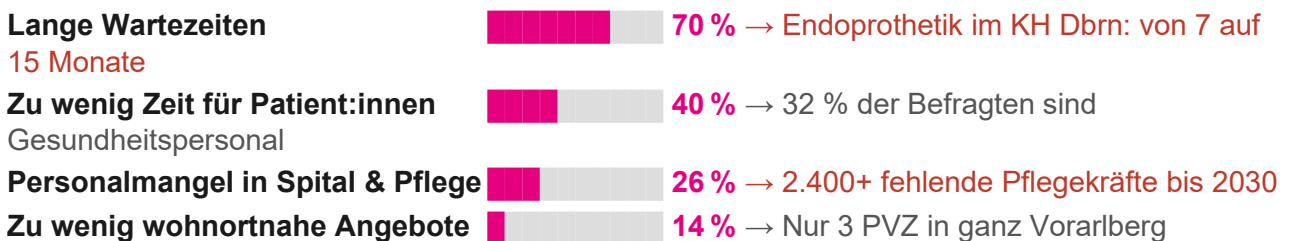
Claudia Gamon, Klubobfrau | Katharina Fuchs, Gesundheitssprecherin | NEOS Vorarlberg



706 Stimmen – ein klares Urteil: Das System ist am Limit

NEOS Vorarlberg hat in den vergangenen Wochen die landesweite Befragung „Wo tuat’s weh?“ durchgeführt, an der sich über **700 Bürger:innen** direkt beteiligt haben – darunter **32 % Gesundheitspersonal**. Ein sehr aussagekräftiges Meinungsbild. Das Ergebnis ist ein **kollektives Misstrauensvotum gegen die Gesundheitspolitik der Landesregierung**: Das Vorarlberger Gesundheitssystem erhält im Durchschnitt eine Wertung von nur **2,71 von 5 möglichen Punkten**. Ein System mit enormem Ressourceneinsatz – von der Bevölkerung als mittelmäßig bewertet. (Frage: Wie zufrieden sind sie insgesamt mit der Gesundheitsversorgung in Vorarlberg?)

Was die Menschen am stärksten bewegt (Wo erleben Sie die größten Probleme im Gesundheitssystem?)



Auszug gereiht. Mehrfachnennungen möglich | Quelle: NEOS Vorarlberg Umfrage „Wo tuat’s weh?“, n=706, April 2026

„Gesundheitspolitik darf kein reines Planspiel sein. Sie betrifft echte Menschen, mit echten Problemen und Sorgen. Unsere Umfrage zeigt: Die Bevölkerung ist es leid, auf Lösungen zu warten.“

— Claudia Gamon, Klubobfrau NEOS Vorarlberg

Wartezeiten: Die Landesregierung belegt ihr eigenes Versagen

70 % der Befragten nennen lange Wartezeiten als größtes Problem. Was die Landesregierung **selbst** in ihrer Anfragebeantwortung vom 9. April 2026 dokumentiert, lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig:

- **Orthopädie - Endoprothetik KH Dornbirn:** bis zu 8 Monate (2021) → **bis zu 16 Monate (2026)**
- **Endoprothetik LKHF Feldkirch:** 16,9 Wochen (2021) → **33 Wochen (2026)** (+95 %)
- **Bandscheiben-OP LKHF Feldkirch:** 8,1 Wochen (2021) → **20,7 Wochen (2026)** (+156 %)
- **Katarakt-OP KH Dornbirn:** 12 Monate (2021) → **17–18 Monate (2026)**

Auf die Frage nach konkreten Maßnahmen zur Wartezeit-Reduktion liefert die Landesregierung in ihrer Anfragebeantwortung nur vage Antworten. „Schwer zu prognostizieren“ ist keine Gesundheitspolitik. Die Lage verschlechtert sich seit Jahren, und die Verantwortlichen haben keine Antwort. Eine Lösungssuche ist ebenfalls nicht erkennbar.

Personal am Limit – das Land weiß es und tut nichts

Das Bild unter den **706 Befragten** ist eindeutig: **74 % nennen Personalmangel** als Hauptproblem in der Pflege, 55 % schlechte Arbeitsbedingungen, 44 % unzureichende Bezahlung. Besonders schwerwiegend: 40% geben Bürokratie als Belastung der Pflege an. Durch effiziente Digitalisierung und Entbürokratisierung könnten den Mitarbeitenden hier Ressourcen für direkten Pflegekontakt freigeschaufelt werden und der Personalmangel so reduziert werden. In der Personalfrage sieht das Land die Probleme wie die Bevölkerung - denn die Landesregierung bestätigt das in einer Anfragebeantwortung selbst:

- **2.400+** zusätzliche Pflegefachkräfte bis 2030 benötigt – lt. Anfragebeantwortung LReg
- **24 %** der Spitalsärzt:innen gehen bis 2030 in Pension
- **45+ offene Stellen** landesweit unbesetzt – während die LReg von einer „verbesserten Ausgangslage“ spricht

Die Landesregierung spricht von einer „verbesserten Ausgangslage am Arbeitsmarkt“ – und belegt gleichzeitig in derselben Anfragebeantwortung, dass dutzende Stellen unbesetzt sind und Betten gesperrt bleiben. Das ist kein Kommunikationsproblem. Das ist politische Schönrederei.

„Pflegekräfte sind das Rückgrat unseres Gesundheitssystems. Wer im System arbeitet, weiß am besten, wo es klemmt – und diese Menschen rufen seit Jahren um Hilfe. Die Landesregierung hört offensichtlich weg.“

— Katharina Fuchs, Gesundheitssprecherin NEOS Vorarlberg

Schlechte Kommunikation führt zu Vertrauensverlust

59 % der Befragten fühlen sich über geplante Veränderungen im Gesundheitssystem **nicht ausreichend informiert**. Die Landes-Online-Beteiligung zum Spitalscampus zählte gerade einmal rund 250 Teilnehmende (Stand 20.04.26). Die Menschen wollen mitreden. Das Vertrauen ist jedoch bereits verspielt. Die Landesregierung baut keine echten Formate zur Beteiligung und Information bzw. hält sie sich mit entsprechender Information zu den Veränderungen bedeckt.

Das ist vor allem deshalb problematisch, weil die Debatte über den Spitalscampus aktuell falsch geführt wird. **Es geht nicht um einzelne Standorte oder Gebäude – es geht um die Qualität der Versorgung**. Strategien und Reformen müssen auch verständlich erklärt und nachvollziehbar gemacht werden. Zudem kann Effizienz und Sparsamkeit nur geschaffen werden, wenn **tiefgreifende strukturelle Reformen stattfinden**.

Was derzeit passiert, ist das Gegenteil: Informiert und diskutiert wird über Zusammenlegungen einzelner Stationen. **Das „Big Picture“ oder einen fertigen Fahrplan kann die Landesregierung nicht aufzeigen**. An das Einsparungspotenzial dieser Maßnahmen glaubt man in der Landesregierung selbst nicht - während über Reformen geredet wird, schraubt die KHBG an einzelnen Posten wie Kernöl und Parmesan, um Einsparungen zu finden. Unsere Umfrage zeigt klar auf, dass die Vorarlbergerinnen und Vorarlberger bereit für tiefgreifende Reformen sind. **77% sprechen sich für ein Modell mit weniger und dafür spezialisierten Krankenhäusern aus** – auch wenn die Anfahrtswege dadurch länger wären.

Die Vorarlbergerinnen und Vorarlberger sind bereit für tiefgreifende Reformen, um das Gesundheitssystem zu verbessern. Die Landesregierung offenbar nicht - Claudia Gamon, Klubobfrau NEOS Vorarlberg

Europäische Spitze – eine Frage, die sich die Landesregierung nicht stellt

Ein modernes Gesundheitssystem muss aus jedem Steuereuro das Maximum herausholen: kürzere Wartezeiten, bessere Primärversorgung, weniger unnötige Spitalsaufenthalte. Das ist echte Effizienz. **Was die Landesregierung präsentiert, ist kein Reformprogramm. Das ist Krisenmanagement auf Kosten der Bürger:innen.**

Andere europäische Regionen zeigen, wie echte Effizienz aussieht:

Dänemark

Dänemark hat aktiv in Primärversorgung, Digitalisierung und häusliche Betreuung investiert – und Ressourcen bewusst aus dem Spital herausgezogen. Das Ergebnis: Hausarzttermine **noch am selben Tag**, Wartezeiten für elektive Eingriffe **unter einem Monat** (OECD-Daten). In Vorarlberg wartet man bis zu **16 Monate im Bereich Orthopädie - Endoprothetik**. Die entscheidende Frage, die Dänemark gestellt hat: Wie machen wir unser System besser – und wie sparen wir dadurch langfristig Kosten? Nicht umgekehrt.

Niederlande

Die Niederlande gelten als europäischer Benchmark für Primärversorgung. Ein dichtes Netz an Hausarzt-Praxen und Primärversorgungszentren filtert, was wirklich ins Krankenhaus muss – Wartezeiten sind kein Thema mehr. Das spart Kosten und steigert Qualität gleichzeitig.

Vorarlberg: **3 PVZ für 400.000 Menschen**. 73 % der Bevölkerung würden laut Umfrage ein PVZ nutzen. Die Nachfrage ist da. Der politische Wille fehlt.

Die Landesregierung fragt: „Wo können wir sparen?“ NEOS fragt: „Wie wird Vorarlberg zur besten Gesundheitsregion Europas – und wie wird das System dabei effizienter?“ Wer in Primärversorgung investiert, spart langfristig bei teuren Spitalsaufenthalten. Auch Ängste wie z.B. die Erreichbarkeit werden dadurch minimiert. Das ist Gesundheitspolitik mit Verstand.

Vergleichbare Regionen in Europa haben längst verstanden: Spezialisierte Zentren steigern die Qualität der Versorgung. Auch in Finnland wurden deshalb Strukturen reduziert. Finnland konnte so gleichzeitig die Zahl der Spitalsbetten deutlich reduzieren und Leistungen gezielt in den ambulanten Bereich verlagern. Weniger unnötige Aufenthalte, bessere Qualität und effizienterer Ressourceneinsatz. Erfolgreiche Reformen im Gesundheitsbereich findet man in Europa in vielen Regionen. Vorarlberg braucht jetzt diesen klaren Willen zu tiefgreifenden strukturellen Reformen, um das Gesundheitssystem nachhaltig zu verbessern. (Quelle: OECD/EU - finland-country-health-profile-2023)

Aus Zahlen werden Taten

Die Umfrage bestätigt den klaren Reformwillen der Vorarlberger:innen. Sie zeigt auf, dass die Landesregierung den Bürger:innen endlich reinen Wein einschenken muss. Aus unserer Umfrage, zahlreichen Gesprächen und unserer bisherigen Arbeit im Vorarlberger Landtag leitet sich ein klares Bild für eine tiefgreifende strukturelle Reform ab. Die Umfrage ist für NEOS Vorarlberg auch ein starkes Signal — und eine klare Bestätigung unseres politischen Kurses. 706 Bürger:innen haben gesprochen, die Daten unserer letzten Anfrage bestätigen das Bild. In den kommenden Wochen werden wir die Ergebnisse gemeinsam mit Umfrageteilnehmer:innen, Fachexpert:innen und Gesundheitspersonal vertieft auswerten und besprechen, um nötige strukturelle Reformen auszuarbeiten.

„Wir wollen wissen, wo es wehtut – bevor es chronisch wird. Die Landesregierung verwaltet ihr eigenes Chaos. Wir organisieren Lösungen.“

— Claudia Gamon, Klubobfrau NEOS Vorarlberg

Was Vorarlberg jetzt sofort braucht:

- 1. Verbindlicher Reformfahrplan – mit Zielen, Zeitplan und öffentlicher Kontrolle** Die Landesregierung diskutiert Einzelmaßnahmen ohne Gesamtkonzept. Beispiele wie Dänemark und Neuseeland transformieren ihr Gesundheitssystem mit klaren 10-Jahres-Plänen. NEOS fordert: Bis Ende 2026 einen öffentlichen Strukturreformplan mit messbaren Zielen und jährlicher Berichtspflicht gegenüber dem Landtag. Kein weiterer Umbau ohne Gesamtkonzept.
- 3. Die 48,8 Millionen Euro vom Bund in Primärversorgung investieren** Das Land erhält bis 2028 mindestens 48,8 Mio. Euro zweckgewidmet für Strukturreformen. Vorarlberg hat nur drei PVZ. Beispiel Niederlande - ein PVZ pro 2.300 Einwohner:innen und keine Wartelisten mehr. NEOS fordert: Mindestens ein PVZ pro Bezirk bis 2028 — finanziert aus den bereits zugesagten Bundesmitteln.
- 4. Entbürokratisierung und Digitalisierung** 40 % des Personals nennen Bürokratie als Hauptbelastung. Estland hat den Verwaltungsaufwand durch digitale Gesundheitsakten um 30 % gesenkt, Dänemark schaufelt durch KI-Dokumentation täglich Stunden für Ärzt:innen frei. NEOS fordert: KI-gestützte Dokumentation in allen Vorarlberger Spitälern bis 2027 — mit messbarer Reduktion der Verwaltungszeit.
- 5. Strukturreform mit der Bevölkerung – nicht über sie hinweg** 59 % fühlen sich nicht informiert. Beispiel Irland: mit einem Bürger:innenrat wurde binnen eines Jahres gesellschaftlicher Konsens für tiefgreifende Strukturreformen erzielt. NEOS fordert: Einen Vorarlberger Gesundheitsrat mit Bürger:innen, Fachpersonal und Gemeindevertreter:innen — der den Reformprozess begleitet und öffentlich berichtet.